

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 26. September 1919, Nr. 386.

Ausgabe neuer Kohlenausweise. Anfangs Oktober werden in der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags durch die zuständigen Brotkommissionen die neuen Küchen- und Zimmerbrandkarten ausgegeben, und zwar für Wohnungsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A bis C und E am 2. Oktober, D, F bis G am 3. Oktober, H bis J am 4. Oktober, K und L am 5. Oktober, M bis O am 7. Oktober, P bis R am 8. Oktober, S, Sch und St am 9. Oktober und T bis Z am 10. Oktober. Bemerkt wird, dass gegenüber dem Vorjahre insofern eine Aenderung der Bestimmungen eingetreten ist, als nunmehr Haushalte, welche über ein Gasbratrohr verfügen, jenen Haushaltungen gleichgestellt werden, welche bloß einen Gaskocher besitzen. Die neuen Bezugscheine und Kohlen-(Koks)bezugskarten für Gewerbe, Betriebe und Anstalten werden auf Grund einer neuen Bedarfsüberprüfung von amtswegen zugestellt werden. Jene Parteien, welche bis zum 25. Oktober l. J. eine amtliche Aufforderung nicht erhalten haben, können nach diesem Zeitpunkte ihren Anspruch beim Kohlenkommissär des zuständigen magistratischen Bezirksamtes geltend machen.

Abgabe von Kartoffeln. Vom Samstag bis Dienstag werden im 2. Bezirk $\frac{1}{2}$ kg Rundkartoffeln pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „N“ der Kartoffelkarte abgegeben. Gleichzeitig werden im 1., 3., 4. und 15. Bezirk $\frac{1}{2}$ kg Kipflerkartoffeln zum Preise von K 3.84 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „O“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 26. September 1919, Nr. 387.

Das tschechische Pressbüro über die Kohlenlieferung Wiens. Bgm. Reumann bemerkte in der gestrigen Stadtratsitzung zu dem in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichten Bericht des tschechischen Pressbüros „Tschechische Darstellung über die Kohlenlieferung Wiens“ folgendes: Es ist richtig, dass Wien in normalen Zeiten sich hauptsächlich mit ober-schlesischer Kohle versorgt hat. Ebenso richtig ist aber auch, dass der ober-schlesische Kohlenbezug infolge des deutschen Friedensvertrages sehr bedeutend eingeschränkt ist, und dass es ganz unmöglich ist, aus Oberschlesien unseren Kohlenbedarf der Hauptsache nach zu decken. Deutschland hat im Friedensvertrage solche Lieferungsverpflichtungen an Frankreich und Belgien übernommen, dass ihm aus seinem Westrevieren für den eigenen Bedarf nur sehr wenig ertübrigt und dass es daher die Förderung aus den ober-schlesischen Kohlenrevieren in ganz begrenzter Masse für den Bedarf Deutschlands heranzuziehen gezwungen ist; demzufolge kann es an Oesterreich gegen ehemals nur ganz unbedeutende Mengen abgeben. Es ist daher sofort seitens der deutschösterreichischen Regierung mit der Prager Regierung wegen der Kohlenlieferungen Wiens aus dem tschechoslovakischen Staatsgebiete in Verhandlungen getreten worden und es kamen auch mit dem tschechoslovakischen Staate die bekannten Verträge zustande, die die Kohlenlieferung Wiens für den Hausbrand, für die städtischen Gaswerke und für die städtischen Elektrizitätswerke zum Gegenstand hatten. Selbstverständlich kann mit den in diesem Vertrage seitens der

Prager Regierung zugesagten Mengen die Stadt Wien das Auslangen nicht finden, es sollen vielmehr diese Mengen einen kargen Ersatz für die Minderlieferungen aus Oberschlesien bilden.

Auch die weitere Behauptung des tschechischen Pressbüros, dass die Kohlenlieferungen für die Gaswerke, Elektrizitätswerke und für den Wiener Hausbrand sich seit Juli auf beinahe gleicher Höhe hielt, ist richtig. Diese nun seit Monaten andauernden Minderlieferungen sind auch die Ursache der heutigen kataströphalen Lage in der Kohlenversorgung Wiens und es sind auch bereits seit Monaten die angestrengtesten Bemühungen der Gemeinde Wien und des deutschösterreichischen Staatsamtes dahin gerichtet, dass die Prager Regierung die vertraglich zugesagten Mengen zur Anlieferung bringt.

In dem dem Monate Juli vorausgegangenen drei Monaten betrug die Lieferung Tschechiens im färdertägigen Durchschnitte an das Gaswerk 812 t, an das Elektrizitätswerk 577 t, Hausbrand 1150 t. Seit 1. Juli beträgt diese Lieferung an das Gaswerk 1014 t, an das Elektrizitätswerk 336 t, Hausbrand 711 t.

Die geringen Vorräte, die die städtischen Elektrizitätswerke hatten, sind infolge der Minderlieferungen aufgezehrt und führten zur Einstellung der Strassenbahnen. Das gleiche gilt auch bezüglich des Hausbrandes, von dem die bescheidenen Küchenbrandquoten von 20 kg pro Woche und Haushalt seit Monaten in kaum 50% des Bedarfes eingelöst werden können. Die Konklusion des tschechischen Pressbüros, dass der Grund des Kohlenmangels in Wien im Nichteinlangen anderer Kohlensendungen gelegen ist und nicht in dem Nichteinlangen der tschechischen Kohlensendungen entspricht nicht den Tatsachen.

Wir haben vielmehr unsere heutige verworfene Lage fast ausschliesslich den Minderlieferungen aus dem tschechoslovakischen Staatsgebiete zuzuschreiben.

Wine Schweizer Spende für Wiener Mittelschüler. Die Schüler der kunstgewerblichen Abteilung der Gewerbeschule Zürich haben zu Gunsten der notleidenden Wiener Mittelschüler eine Sammlung veranstaltet. Als Werbemittel benutzten sie eine von einer Schülerin der graphischen Fachklassen entworfene Ansichtskarte. Das Ergebnis der Sammlung, 14.545 Kronen, 45 h, wurde kürzlich vom Präsidenten des Züricher Hilfskomitees, Redakteur Julius Bierbaum, dem städtischen Jugendamt zur Ueberweisung überreicht. Direktor Gold des Jugendamtes hat dem Unterstaatssekretär Otto Elböckel ^{in Wien} bereits übergeben. Die Schülerschaft der Gewerbeschule Zürich und deren Direktor Altherr brauchen wohl nicht besonders des aufrichtigsten Dankes der Wiener Mittelschüler versichert zu werden.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, am 26. September 1919.

Bgm. Reumann verliest zu Beginn der Sitzung einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Kohlenzufuhr: Meine Damen und Herren! Die Zustände bezüglich der Kohlenzufuhren haben bisher eine Besserung nicht erfahren. Im Gegenteil es hat sich gezeigt, dass sie konstant abnehmen. Aus der nordwestböhmisches Kohleneinlauf, der für den Betrieb der elektrischen Strassenbahn in die Wagschale fällt hat sich bisher nicht günstiger gestaltet. Er betrug für den Hausbrand am 22. und 23. d.M. je 465 t, am 24. 339 t, am 25. bei den Elektrizitätswerken liefen am 22. 435 t, am 23. 167 t, am 24. 125 t und am 25. 224 t ein. Ausführliche Nachrichten über die Ergebnisse der Prager Verhandlungen liegen zwar noch nicht vor, doch scheint der Schluss nicht unbegründet dass diese Verhandlungen eine Besserung der Kohlenversorgung erwarten lassen. Der Herr Staatssekretär für Handel und Gewerbe hat heute früh telegrafisch bekanntgegeben, dass die letzten auf den Bahnbetrieb bezüglichen Sparmassnahmen aufzuheben seien. Das Telegramm lautet: Der die Stromabgabe an Bahnen einschränkende Teil der letzten Sparmassnahmenbestimmun-

gen ist mit Wirksamkeit vom Montag den 29. September 1919 sofort aufzuheben. Es geht daraus hervor, dass jene Verhandlungen, die in Prag wieder angeknüpft wurden aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Resultat geführt hatten, dass von Seiten des Staatssekretärs für Handel, Gewerbe und Bauten nunmehr an die Gemeinde Wien herangetreten werden konnte, ab Montag den 29. ds. den Strassenbahnverkehr wieder zu eröffnen. Alles weitere muss ich vollständig dem Herrn Staatssekretär überlassen, die Gemeinde trifft künftighin, wenn es wieder zu Yalacitäten kommen kann, keine Verantwortung. Der Staatssekretär hat dieses Telegramm entsendet, da er wohl die Gewissheit hat, dass der Betrieb wirklich aufgenommen werden kann. Wenn nun der Herr Staatssekretär die Versicherung gibt, dass der Verkehr aufgenommen werden kann, werde ich keinen Moment zögern, denn Verkehr aufnehmen zu lassen. So steht die Sache für mich....

Zwischenrufe von Seite der Christlichsozialen und deren Beantwortung durch die Sozialdemokraten machen die übrigen Ausführungen des Bürgermeisters unverständlich. Auf einen unvornehmaren Zwischenruf des GR. Untermüller (Chr. Soz.) ruft GR. Forstner (Soz. Dem.) die Herren machen nur Parteipolitik! GR. Bernann, Zerdik ist doch euer Parteigenosse! Kurs (Sozialdem.): Habt ihr kein Vertrauen zu ihm?

Bgm. Reumann: Es ist wohl vollkommen unangemessen mit diesem Unglück der Bevölkerung so zu spielen. Das Urteil überlasse..... (die übrigen Worte des Bürgermeisters sind unverständlich)

Der Lärm erhebt sich von Neuem. GR. Forstner (Soz. Dem.) ruft in den Saal. Deshalb habt ihr zum Krieg gehetzt? GR. Untermüller (Chr. Soz.): Lesen sie die Arbeiterzeitung vom August 1914! GR. Forstner (Soz. Dem.) Habt ihr keinen anderen Zweck als die Gegenrevolution herbeizuführen? GR. Huber (Chr. Soz.): Die Erwiderung steht auf sehr schwachen Füßen! GR. Breuer (Chr. Soz.): Habts vielleicht Angst vor der Gegenrevolution? GR. Kunschak (Chr. Soz.): Also jetzt tun wir wieder Gemeinderat spielen und nicht Wählerversammlung! Frau GR. Glöckel (Soz. Dem.): Der Christlichsoziale Zerdik war doch in Prag! GR. Huber (Chr. Soz.): Ja wie der Emmerling allein draussen war hat er nichts ausgsichtigt!

Nachdem sich der Lärm gelegt hat führt Bürgermeister Reumann weiters aus: Es hat uns allen schwere Sorge gekostet 7 Tage lang von der Bevölkerung die Verantwortung zu haben. Ich muss sagen, dass ich beglückt davon war, dass dieses Telegramm von Seiten des Staatssekretärs eingelangt ist. Ich glaube, dass ich aus dem Herzen aller spreche, wenn ich der Wiener Bevölkerung den Dank dafür ausspreche, dass sie diese Last mit so grosser Geduld getragen hat und noch Samstag und Sonntag zu tragen haben wird. Von den Sparmassnahmen wird also die Bestimmung bezüglich des Strassenbahnverkehrs ausser Kraft gesetzt werden, er wird aufgenommen, ebenso der elektrische Verkehr von Wien nach Baden und nach Pressburg. Was die Torsperre anlangt, wird sie bis 8 Uhr aufrecht erhalten und hat sich der Staatssekretär vorbehalten nach seiner Rückkehr einen Bericht zu erstatten und die Angelegenheit wegen der weiteren Sparmassnahmen in die Hand zu nehmen. Die Kommission weilt gegenwärtig in Berlin um dort entsprechende Abmachungen zu treffen und wird dann in Prag die Abschlussverhandlungen vornehmen. Ich bitte dies vorläufig zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe ihnen damit klar gelegt, in welcher Situation wir uns gegenwärtig befinden.

Gesendet haben: Ein unbekannter Wohltäter für die Armen des 14. Bezirkes K 100.--;

der Arbeiterrat des 14. Bezirkes für die Armen des Bezirkes Rudolfsheim K 5000.-- und Tassilo Festetics anlässlich des Sieges seines Hengstes Pazman im „Wiener Derby“ für die Armen der Stadt Wien K 10.000.

Schriftführer GR. Hammerschmidt verliest den Einlauf.

2

Auf eine Anfrage des GR. Feldmann (Nat. Dem.) in der letzten Sitzung, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Beschaffenheit der städtischen Marmelade teilt der Bürgermeister mit, dass die Einsetzung der verlangten Kommission gegenstandslos geworden ist, weil die Überprüfungen zu dem Ergebnis geführt haben, dass der Marmeladevertrag einverständlich gelöst wurde und die Restbestände der Gemeinde an Marmelade verkauft worden sind. Die Gemeinde hat sich hierbei, um einen etwaigen Bedarf der Wiener Bevölkerung an Marmelade sicherzustellen, vom Ersterer ein Vorbezugsrecht gewährt.

Die Anfrage des GR. Koppensteiner (chr.-soz.) betreffend die Annullierung der Wahlen in den Ortsschulrat und das Armeninstitut im 20. Bezirk, die in der letzten Sitzung gestellt wurde, beantwortet der Bürgermeister damit, dass die Wahl der Vertreter im Ortsschulrat von der Bezirksvertretung ihres Bezirkes durch absolute Stimmenmehrheit zu erfolgen hat. Wenn eine Bezirksvertretung, wie es im angeführten Falle geschehen ist, die Wahl nach dieser Bestimmung durchgeführt hat, kann eine solche gesetzlich vorgenommene Wahl nicht für Null und nichtig erklärt werden. Der Protest gegen die im 20. Bezirk vorgenommene Armenratswahl ist im Stadtrate anhängig und kann daher eine Verfügung nicht getroffen werden.

Bgm. Reumann: Gemeinderat Kunschak hat in Angelegenheit der Ausweisung der jüdischen Flüchtlinge eine Interpellation eingebracht, die aber nicht in die Kompetenz des Gemeinderates gehört. Ich werde die Interpellation dem Landeshauptmann zusenden und mache den Gemeinderat Kunschak darauf aufmerksam, dass er die Interpellation auch im Landtage einbringen kann. (Rufe: Kunschak ist nicht im Landtag!)

GR. Kunschak (chr.-soz.) weist auf die Einstellung des Strassenbahnverkehrs hin, die die Stadt in eine Lage gebracht hat, welche täglich unerträglich wird und zur vollkommenen Lähmung des Lebens der Grossstadt führen muss. Die Bevölkerung erwartet einen eingehenden Bericht über die Lage der Kohlenversorgung, über die Möglichkeit den Strassenbahnverkehr wieder aufzunehmen, über die Bereitstellung von Ersatzverkehrsmitteln, die bisher vollkommen ausgeblieben sind und über Massnahmen, welche zur Versorgung der Haushalte mit Brennmaterial getroffen worden sind. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister diesen Bericht ungesäumt erstatten und eine Aussprache über diese höchst dringliche Angelegenheit im Gemeinderate herbeiführen wolle.

Bgm. Reumann: Ich werde dem Wunsche des Interpellanten Rechnung tragen, und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung einen Punkt betreffend die Kohlenversorgung setzen lassen, so dass darüber auf breiter Grundlage Aussprache gepflogen werden kann.

GR. Ertner (deutschnational) weist darauf hin, dass die im Laufe des Sommers aus den Lagerhäusern ausgegebenen Eier fast zu 60 bis 80 % für den Genuss unbrauchbar waren und fragt, wann die Eier eingelagert wurden, wie diese verwahrt und warum sie nicht früher in verwendungsfähigen Zustand ausgegeben wurden.

Bgm. Reumann: In den Lagerhäusern waren von 3. Februar bis 9. September 1918 keine Eier eingelagert und wurden im Laufe des Sommers Eier ab Lager nicht ausgefolgt. Erst am 9. September sind wieder Eier in das Kühltagehaus eingebracht worden. Diese befinden sich noch dort und sind von einwandfreier Beschaffenheit. Die Kühlräume für die Aufbewahrung der Eier sind hierzu eigens geschaffen worden und eignen sich, wie die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen, für diesen Zweck in ausgezeichnete Weise. Der Ankauf der gesamten Eier für

Deutschösterreich und für Wien wird übrigens von der deutschösterreichischen Eierkaufstelle besorgt, die auch die Verteilung der Eier im Einvernehmen mit der Gemeinde vornimmt. Die Qualität der ausgegebenen Eier war allerdings eine minderwertige, so dass tatsächlich per Kiste sich Abfälle von 15 bis 30% im Durchschnitt ergaben. Erfreulicherweise ist in allerletzter Zeit in dieser Hinsicht eine Besserung eingetreten und ist speziell die Qualität der in dieser Woche zur Ausgabe kommenden Eier eine gute.

GR. Ertner (deutschnational) betont, dass die Rechnungen von den Lagerhäusern für gelieferte Waren an die Abnehmer äusserst saumselig übersendet werden, dass hierdurch ein grosser Minusverlust entsteht und es vorkommen kann, dass Fakturierungen überhaupt unterbleiben. Er fragt, ob der Bürgermeister diese Sache untersuchen lassen und Ordnung in diese unkaufmännische, der Gemeinde Schaden verursachende Gebarung bringen lassen wolle.

Bgm. Reumann: Die Lagerhäuser der Stadt Wien sind nicht Eigentümer, sondern nur Verwahrer der eingelagerten Waren und haben Fakturierungen von ausgefolgten Waren nicht vorzunehmen. Die Ausfolgung geschieht nach dem Auftrage der Hinterleger entweder franko oder gegen Erlag des Kaufpreises. Ein Zinsenverlust oder sonstiger Schaden für die Gemeinde ist in beiden Fällen ausgeschlossen. Die Anfrage dürfte vermutlich solche Fälle ins Auge fassen, in denen die Wareneigentümer die Rechnungslegung über die von den Lagerhäusern abligonierten Lagergüter selbst durchzuführen haben. Es wird sich empfehlen, dass mir die ins Auge gefassten bestimmten Fälle mitgeteilt werden.

GR. Beer (Soz. Dem.) weist auf die schlechte Beschaffenheit der an der Brigittenauerlände liegenden Bootshütte hin und fragt, ob der Bürgermeister die zuständigen städtischen Organe beauftragen wolle, dass jede Gefährdung der persönlichen Sicherheit verhütet und die in der Hütte befindlichen Rettungsboote in Verwahrung genommen und einer Beaufsichtigung und Bestandaufnahme unterzogen werden.

Bgm. Reumann: Die Bootshütte gehört nicht der Gemeinde, sondern es ist Johann Heidinger mit der Bereitstellung, Unterbringung und Instandhaltung der Rettungsboote für den Hochwasserdienst betraut. Der Stadtrat hat die Kosten für die Abschliessung und Einrichtung zweier Stadtbahnbögen an der Spittelauerlände für die Unterbringung der Boote bewilligt, wofür diese in aller kürzester Zeit gebracht werden.

GR. Beer (Soz. Dem.) bespricht die Zustände in Obdachlosenheim im 20. Bezirk sowie die Massnahmen zur Milderung des Obdachlosensendes und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass ohne jede Verzögerung in den Unterkunftsräumen Kochherde errichtet werden und dass Stroh zur Füllung der Lagerstellen in genügender Menge und in einwandfreier Beschaffenheit zur Verfügung gestellt wird. Weiters fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister angesichts des kommenden Winters die Errichtung von Notstandswohnungen durch Adaptierung geeigneter Militärbaracken und Objekte veranlassen wolle, sowie die Errichtung von Schutzstellen in denen Arbeits- und Obdachlose Speisen und warme, alkoholfreie Getränke zu billigen Preisen erhalten.

Bgm. Reumann: Die Unterkunftsbaracken in Obdachlosenheim sind vorläufig der Gemeinde bis Ende Dezember d. J. zur Verfügung gestellt und sollten ursprünglich nur zur vorübergehenden Notunterkunft dienen. Da das Gebäude Zentralheizung hat, fehlten in den einzelnen Zimmern Heiz- und Kocheinrichtungen. Für 22 von den vorhandenen 27 Zimmern ist bereits vor mehreren Wochen die Lieferung von transportablen Kochherden bestellt worden. Auch für die übrigen 5 Zimmer wurden die erforderlichen Herstellungen genehmigt. Die Strohsäcke haben noch die vom Verein beigestellte Füllung; ein Teil der Strohsäcke wurde neu gefüllt. Was die Errichtung von Notstandswohnungen durch Adaptierung von geeigneten Objekten betrifft, so werden alle erreichbaren mit den vorhandenen

Hilfsmitteln bewohnbar zu machenden Objekte herangezogen. Was die Schutzstellen betrifft wird vom Wohnungsamt mit dem andern in Frage kommenden Aemtern das Einvernehmen gepflogen werden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt über der Bürgermeister die eheste Ausgabe von fünf, zehn und zwanzig Heller Papierscheinen zum Zwecke der Behebung der Kleingeldnot veranlassen wolle.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde hätte auf Grund der Vollzugsanweisung des Staatsamtes der Finanzen vom 21. November 1918 die Möglichkeit Ersatzgeldzeichen (Notgeld) herauszugeben. Da es sich aber nicht um eine nur lokale Erschöpfung handelt, sondern sich der Kleingeldmangel im ganzen Gebiete der Republik fühlbar macht, ist es Sache des Staates und nicht einer einzelnen Gemeinde, hier einzugreifen. Es kann der Gemeinde nicht zugemutet werden, die im Verhältnisse zu dem geringen Wert der Geldzeichen sehr hohen Kosten einer Papiergeldausgabe und das Risiko der Fälschungen allein auf sich zu nehmen. Ich habe die Interpellation zur Veranlassung genommen, in einer an das Staatsamt der Finanzen gerichteten Zuschrift auf die Notwendigkeit einer Abhilfe durch Herausgabe eines Notgeldes aufmerksam zu machen.

GR. Hernstein (Soz. Dem.) sagt, dass die Wohnungsanforderungsverordnung der Landesregierung eine Lücke enthält, da sie nicht die Anforderung von Räumen für gewerbliche Zwecke beinhaltet. Hunderte von Werkstätten und Verkaufslökalen seien gesperrt und würden als Magazine benützt, viele stehen vollständig leer. Die Firma Meindl habe in Ottakring ungefähr 50 solche Räume gemietet, wo nichts anderes als leere Flaschen eingelagert sind. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister bei der Landesregierung Schritte wegen Erlassung einer Nachtragsverordnung unternehmen wolle, die die Anforderung von Räumen zu Verkaufs- und Betriebszwecken ermöglicht, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Ermöglichung produktiver Arbeit dadurch zu unterstützen, dass er einen Teil der Bevölkerung, der diese Arbeit leisten wolle, die Möglichkeit dazu gibt und ob er geneigt ist die Erwirkung der Nachtragsverordnung so zu beschleunigen, dass diese bei der Generalbegehung der Häuser am 10. Oktober wirksam angewendet werden kann.

Der Bürgermeister erwiedert, dass das Wohnungsamt schon vor längerer Zeit diese sehr notwendige Nachtragsverordnung an zuständiger Stelle angeregt habe. Er werde diese Anfrage zum Anlasse einer Betreibung bei der Regierung in dem erwähnten Sinne nehmen.

GR. Dr. Odehnal (chr.-soz.) weist darauf hin, dass in vielen Schulen des XVIII. Bezirkes die vom Gemeinderate bewilligten Lernmittel in höchst unzureichender Menge vorhanden sind und dass das Material für den Handarbeitsunterricht fast in allen Schulen vollständig fehlt, so dass der regelmässige Unterrichtsbetrieb nicht in wünschenswerter Weise aufgenommen werden kann. Auch Schulen anderer Bezirke sollen an diesem Mangel leiden. Es gehe nicht an, dass ein vom Gemeinderat gefasster Beschluss nicht auch voll und ganz und innerhalb einer solchen Zeit durchgeführt wird, dass er die gewisse allgemein beabsichtigte Wirkung erzielt. Der Interpellant fragt, ob dem Bürgermeister diese Tatsachen bekannt sind und was er zu thun gedenkt, um diese ehestens aus der Welt zu schaffen.

Bgm. Reumann: Als der Antrag betreffend die unentgeltliche Ausgabe von Lernmitteln bei den Aemtern in Verhandlung stand, wurde schon von der städtischen Lernmittelverwaltung wegen Lieferung mit dem betreffenden Lieferanten Fühlung genommen. Infolge der allgemeinen schlechten Produktionsverhältnisse haben jedoch auch die schon im Februar bestellten Hauptlieferungen Verzögerungen erfahren, wodurch die umfangreiche Arbeit der Verteilung der Lernmittel und die Zuweisung an die einzelnen Schulen nicht durchwegs bis zum Schulbeginn geschehen konnte. Es musste auch mit der eventuellen Herausgabe neuer

Lehrmittel geteilt werden, was die Verleger veranlasst hat, mit der Herstellung der Bücher zurückzutreten. Eine Zurücksetzung der Schulen eines Bezirkes bei der Fälligkeit ist ausgeschlossen. Von einer eintreffenden Störung des

Unterrichtes kann wohl bei den grossen in jeder Schule vorhandenen Vorräten aus den Vorjahren und bei den zugestellten grossen Mengen an Lernmitteln nicht gesprochen werden. Es ist bisher keine Klage von einer Schulleitung über einen Mangel an Lernmitteln eingelangt. Die Lieferung der noch ausstehenden Lernmitteln wird mit grösstem Nachdruck betrieben. Was das Handarbeitsmaterial betrifft, so wird dies nicht von der Lernmittelverwaltung beigegeben, sondern ist auch nach der neuen Vorschrift von den Schulleitungen im Handeinkauf bei Geschäftsläden des betreffenden Bezirkes anzuschaffen.

GR. Kunschak (chr. soz.) verweist in einer Anfrage darauf, dass ein grosser Teil der Wiener Volksschulen nicht über die erforderlichen Mengen von Lernmitteln verfügt und daher zahlreiche Schüler mit Lernmitteln nicht beteiligt werden könnten, was als eine schwere Schädigung des Unterrichtes und der Schulkinder bezeichnet werden müsse. Er stellt die Anfrage, ob dem Bürgermeister, der von ihm gerügten Sachverhalt bekannt ist und ob er veranlassen wolle, dass ohne Verzögerung den Schulen die erforderlichen Lernmittel beigegeben werden.

Bgm. Reumann: Für diese Anfrage gilt das Vorhergesagte.

GR. Thaller (Soz. Dem.) interpelliert wegen der Zustände, die durch die Mistablagerung auf dem Klopsteinplatz und Umgebung verursacht werden.

Bgm. Reumann: Diese Ablagerungen sind ein altes Uebel, welches in der Tat so rasch als möglich zu beseitigen wäre. Leider mangelt es jetzt auch an dem nötigen Pferdmaterial um die notwendigen Abfuhr sicherstellen zu können. Sobald sich die Verhältnisse bessern, muss mit diesem Uebel gebrochen werden.

GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) verweist in einer Anfrage darauf, dass Tausende von Bewerbern, welche durch die Erfolge der Schrebergärtner angetrieben, sich um geeignete Plätze bewerben, derzeit von Verbands der Schrebergärtner bzw. vom Wirtschaftsamt der Gemeinde Wien abgewiesen werden müssen, obwohl gerade mit Rücksicht auf die schwierige Lebensmittelversorgung die intensive Bodenbewirtschaftung gefördert werden müsste. Im Wiener Gemeinde Gebiete befinden sich grosse Grundflächen, welche Eigentum der Gemeinde Wien, öffentlicher Fonds, sowie auch von Grundspekulanten sind. Es wäre im öffentlichen Interesse gelegen, wenn solche Grundflächen, sofern sie nicht vom Eigentümer selbst bewirtschaftet werden oder bereits zu Gartenzwecken verpachtet sind, dem Vereine der Schrebergärtner bzw. dem Wirtschaftsamt der Gemeinde Wien über Anforderung nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden müssten. Es wird an den Bürgermeister die Anfrage gestellt, ob derselbe geneigt ist, etwas zu veranlassen, damit die Ansuchen um Zuweisung von Schrebergärten erfüllt werden könnten.

Bgm. Reumann: Leider kann nicht ohne weiters verfügt werden, dass alle zur Verfügung stehenden Grundflächen dem Kleingartenwesen zugewiesen werden. Wenn die Möglichkeit gegeben ist, werden Ansuchen und Zuweisung von Grundflächen stets berücksichtigt. Ich werde mir über die Angelegenheit einen Bericht erstatten lassen und das erforderliche veranlassen.

GR. Machet (Tscheche) stellt an den Bürgermeister eine Anfrage, betreffend die angeblich geplanten Gewalttätigkeiten gegenüber tschechischen Kindern und Gasthäusern, wo sich solche Kinder zusammenfinden, solange für sie die nötigen Schulen nicht freigemacht werden.

GR. Untermüller (chr. soz.): In Gasthäusern kommen eure Kinder zusammen?

GR. Klimes (Tscheche): Wann ihr uns keine Schulen gebt, müssen sie in Gasthäusern zusammenkommen.

GR. Rotter (chr. soz.): Bei uns wollt ihr alle möglichen Schulen und in Deutschböhmen sperrt ihr eine Schule nach der anderen.

GR. Klimes (Tscheche): Die tschechische Fohle können sie brauchen, aber die tschechischen Schulen nicht. (Lebhaftes Zwischenrufe). Ihr seid Verbrecher!

GR. Grünbeck (chr. soz.) Ihr Kriegsverräter!

GR. Klimes (Tscheche): Mir sind stolz darauf, dass wir Oesterreich zer-

schmettern haben. Wir haben auch zur Republik verholfen. Innen sind die Habsturger Lieber. (Zwischenrufe)

GR. Untermüller (chr. soz.): Herr Bürgermeister, er hat uns Verbrecher geheissen!

Bgm. Reumann: Ich habe nichts gehört.

Der Bürgermeister erklärt nach Verlesung der Interpellation, dass er dieselbe dem Polizeipräsidenten übermitteln werde.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) beantragt, die Gültigkeit der Streckenkarten der Strassenbahn auch auf Feiertage auszuweiten.

GR. Machet (Tscheche): stellt einen Antrag auf Zuweisung eines Teiles der Lustbarkeitssteuer, welche bei Veranstaltungen der hiesigen tschechischen Vereine eingenommen werden, an die Vereinigung „Maj“ zur Veranstaltung unentgeltlicher Veranstaltungen und Konzerte für tschechische Arbeiter.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt. Vize-Bgm. Hoss übernimmt den Vorsitz.

In Erledigung der Tagesordnung gelangt zuerst das Referat des Bürgermeisters Reumann über die Auflassung der landwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde Wien aus der letzten Gemeinderatssitzung zur Erörterung und wird die Debatte hierüber eröffnet.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.) betont, dass es sich in dem vorliegenden Referate um die Lösung des Vertrages bezüglich der Beteiligung an der Brucker Zuckerfabrik und um die Pachtungen der südlich und nördlich der Donau liegenden Dreher'schen und der Fondsgüter handelt. Die Beteiligung an der Zuckerfabrik wurde beschlossen und der Bürgermeister selbst hat das Referat hier erstattet. Hierbei war die Erwägung massgebend, dass man sich auf die staatliche Bewirtschaftung des Zuckers nicht verlassen könne und dass die Stadt Wien selbst die Sache in die Hand nehmen müsse. Man war bereit mit 40 % in die Aktien-Gesellschaft einzutreten und den Rübenanbau bis zu 25% zu übernehmen. Nun stehen wir vor dem Antrage zu genehmigen, dass dieses in Aussicht genommene Geschäft gelöst werde. Wir können dies nur zur Kenntnis nehmen, denn in Wirklichkeit ist es ja schon geschehen. Der Referent hat in seinem Berichte diese Haltung damit begründet, dass das Gutachten von einem Angestellten der Firma Redlich in Göding als Sachverständigen abgegeben wurde. Nun hat ein anderer Sachverständiger gesagt, dass die Sache schlecht ist. Das kann nicht befriedigen, da man ja gewusst hat, dass der Sachverständige Hamscha bei der Firma Redlich war. Nach dem Gemeinderatsbeschlusse hätte aber die Sache gemacht werden müssen. Wir sind im Stadtrate damit überrascht worden, dass man von der Abgelegenheit abgegangen ist. Dieser Vorgang muss gerügt werden. In erster Linie muss geprüft werden, ob es notwendig ist, dass die Gemeinde in die Zuckerfabrikation eingreift, oder ob sie sie dem Staate überlassen soll. Die Stellungnahme ist von einer gewissen Unsicherheit getragen. Wenn wir heute für diesen Antrag im Referate stimmen werden, so deswegen, weil wir daran nichts mehr ändern können und weil wir von der jetzigen Gemeindeverwaltung nicht erwarten, dass sie sich bei dem Vertrage besonders hätte günstig hätte betätigen können.

Anders werden wir uns zu den Pachtverträgen wegen der Dreher'schen und der Fondsgüter verhalten. Der Gemeinderat hat der Pachtung unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Gemeinde zur Hälfte an dem Geschäft beteiligt ist. Aus dem heutigen Referate geht aber ganz etwas anderes hervor. Die ganze Sache ist jetzt anders konzipiert. Die Gemeinde soll nicht zur Hälfte an dem Geschäft teilhaben, sondern nur ein Drittel; je ein Drittel soll Dreher und der Fondsverwaltung zufallen. Die Gemeinde hat also die Verwaltung nicht selbst in der Hand. Auf Grund der Vorlage, die dem Gemeinderate hier unterbreitet wird, kann man sich kein genaues Bild machen. Ich aber kann ihnen sagen, dass die Geschäftsführung von drei Geschäftsführern gemacht werden soll. Einen hat die Verwaltung der Fondsgüter, einen der Staat und einen die Gemeinde. Der leitende Geschäftsführer soll der der Gemeinde sein. Wenn sich also die 3 Geschäftsführer nicht einigen können, so werden eben die 2 Drittel mehr ausgeben, als das eine Drittel. Für die Gemeinde fällt in dieser verwurzelten Konstruktion der Grund der Beteiligung weg. Eine Beteiligung gegenüber 2 Dritteln hat keinen Sinn. Man kann nach Italien fahren, um ein Geschäft zu machen, man kann zuhause bleiben, weil man kein Geschäft macht, es hat aber keinen Zweck, bis nach Liesing zu gehen, um ein Geschäft zu machen. (Rufe: Sehr richtig!) Es ist auch bedauerlich, dass die ganze Sache so spät verhandelt wird, und es ~~am~~ ist auch gesagt worden, dass nichts mehr zu ändern übrig bleibt, weil der Betrieb schon am 1. Jänner auf Kosten der Gemeinde läuft. Man hätte eben rechtzeitig mit Dreher verhandeln sollen, was aber nicht geschehen ist. Man stellt uns jetzt vor ein Entweder-Oder und es bleibt nichts anderes übrig, als den Vertrag zu schliessen. Wir können einen Sinn an der Sache nicht finden und trachten Sie die Verantwortung allein tragen zu können. Es kann nicht verschwiegen werden, dass die Bevölkerung von Wien an der jetzigen Gemeindevirtschaft so wenig Freude hat (Rufe: Sehr richtig!). Wir müssen uns überzeugen, dass wir dabei alle Leidtragende sind. Wenn man aber zur Ueberzeugung kommt, dass man die Sache nicht allein führen kann, dann hätte man dahin trachten sollen, dass der Vertrag gelöst wird. Die Christlichsozialen könnten daher für diesen Punkt des Referates nicht stimmen.

GR. Breitner (Soz. Dem.): Die Vorlage ist ^{schon} etwas sonderbar. Am 30. Mai hat der Gemeinderat ^{schon} seine Zustimmung gegeben, dass diese Pachtverträge mit Dreher und der kaiserlichen Gernaldirektion vollzogen werden und hat den mit der Brucker Zuckerfabrik abgeschlossenen Vertrag gut geheissen. In der heutigen Vorlage wird die Auflösung des Uebereinkommens mit der Zuckerfabrik beantragt und werden die anderen Pachtverträge in einer von der ersten ^{schon} Form ^{abweichenden} Form vorgelegt.

4

Das erfordert selbstverständlich eine sehr eingehende Beggründung. Ueber- raschend ist nur, dass gerade die Herren von der christlichsozialen Par- tel diese Aufklärungen provozieren. Das zwingt nämlich, wieder ein Kapitel aus der bestverwalteten Stadt zu erzählen, was im Interesse des ohnehin tief gesunkenen Ansehens besser vermieden worden wäre. Grundlage der ersten Pachtverträge war die Expertise des landwirtschaftlichen Sachverständigen, als welcher im November 1918 Herr Johann Hamscha engagiert worden war. Er wurde im Nebenamte angestellt und recht gut bezahlt, verfügt tatsächlich über glänzende Fachkenntnisse, hatte aber eine einzige schlechte Eigen- schaft; er war und ist Prokurist A.G. für Zuckerfabrik in Göding. Da er- gibt sich nun die seltene Tatsache, dass sämtliche Verträge, um die es sich heute handelt, mittelbar oder unmittelbar mit dieser Firma, deren Haupt- aktionäre die Herren Redlich sind, innig zusammenhängen.

Die Brüder Redlich sind nämlich in sehr hohem Masse an der Brucker Zucker- fabrik interessiert und diese wieder hat das eminenteste Interesse an den Großpachtungen, da diese zum Rübenbau mit 25% verhalten werden. Die Be- schlüsse des Stadtrates, in dem Bürgermeister Dr. Weisskirchner als Be- richterstatter fungierte, beruhten auf diesem Gutachten. Es wird noch nie- mals dagewesen sein, dass der Käufer dem Prokuristen des Verkäufers als Berater wählt. Das war der früheren Verwaltung vorbehalten.

Als wir dann aber bei den Lebensmittelverträgen tiefgeforschten, hatten wir einen gründlichen Verdacht gegen alles, was die frühere Verwal- tung beschlossen hat. Wir haben andre Expertisen eingeholt. Die von uns be- rufenen Experten, die besten Fachleute Oesterreichs, haben ein Gutachten abgegeben, das mit jenem Hamscha's im Widerspruch ist. Die Herren Hamscha eignen sich im grossen und ganzen nicht für den Rübenbau. Es wäre ein schwerer Verlust, wenn man gezwungen wäre, diese Gründe zu 25% mit Rüben bebauen zu lassen. Aber in den Vertrag steht weiters, dass jeder von der Gemeinde auch späterhin gepachtete Grund mit 25% Rübe bebaut werden müsse.

++++

Die Fortsetzung der Rede Breitners folgt auf einem späteren Bogen.

++++

GR. Kunschak (chr. soz.): Der Finanzreferent, der am allerbesten ver- walteten Stadt hat es versucht einen Mooren weiß zu waschen, was ihm nicht gelungen ist. Herr StR-Breitner scheint es ganz übersehen zu haben, dass er eigentlich gar nicht die trifft, die er heute treffen will, son- dern den Referenten von heute, seinen eigenen Bürgermeister. Die Angele- genheit hat uns im Gemeinderat am 30. Mai beschäftigt und wurde durch ein- stimmigen Beschluss erledigt. Der Referent am 30. Mai war der damalige und heutige Bürgermeister Jakob Reumann, und einstimmig haben seine Parteige- nossen diesen Verträgen ihre Zustimmung erteilt. Wenn der Finanzreferent versucht, heute gegen uns zu polemisieren, so scheint das auf einen Ge- dächtnisfehler zurückzuführen zu sein (Rufe: Sehr gut!), was bei der vielen Arbeit, mit der er belastet ist, nicht zu verwundern ist. Es wird uns eine Änderung eines Vertrages empfohlen, welchem der Bürgermeister in folgender Weise charakterisierte: „Ich möchte nach den weitest gehenden Erhebungen, welche gepflogen worden sind, anlässlich dieser Sachlage den Schluss ziehen, dass die Gemeinde Wien alle Ursache hat, auf diese Aktion

die durchgeführt werden soll, einzugehen.“ (Rufe: Hört!) Der Bürgermeister selber beruft sich in seinem Urteil darauf, dass die weitestgehenden Erhe- bungen gepflogen wurden.

GR. Täubler (Soz. Dem.): Vom Bürgermeister Dr. Weisskirchner!

GR. Kunschak (chr. soz.): Herr Bürgermeister Reumann ist doch nicht der Phonograph des Herrn Bürgermeisters Weisskirchner.

GR. Täubler (Soz. Dem.): Bürgermeister Reumann hat in einer Zwangslage das Referat übernommen; vom Bürgermeister Weisskirchner.

GR. Kunschak (chr. soz.): Da halten Sie, Herr GR. Täubler, den Bürger- meister für fähig, dass er ein ihm vom Dr. Weisskirchner übergebenes Re- ferat, worin Sympathie steht, Herr Bürgermeister Reumann hat nach Hütteldorf zu fahren und sich dort zu erkünnen, erstattet hätte. (Heiterkeit.-Rufe bei den Sozialdemokraten: Das ist echt Kunschak!) Der Bürgermeister sagte damals, dass die Vertragsverhältnisse für die Gemeinde ungemein günstige sind und dass besonders für den Vertrag mit der Zuckerfabrik spricht, dass sie sich in einem Zustande befindet, der voraussetzen lässt, dass der Betrieb mit vollem Erfolg geführt werden kann. Wenn sie glauben, dass diese Erhebungen nur von Dr. Weisskirchner gepflogen worden sind, so schauen sie die Ausführungen des Bürgermeister Reumann näher an und sie werden finden, dass er diese Erhebungen selbst gepflogen hat. (Rufe rechts: Hört!) Der Bürgermeister erklärte damals: „Ich mache aufmerksam, dass am 10. Mai die Zuckerfabrik von mir und Dr. Weisskirchner besichtigt worden ist, dass die Güter im vorzüglichen Zustande befunden wurden und dass be- züglich der Zuckerfabrik nur gesagt werden kann, dass die Einrichtungen allen Anforderungen entsprechen und dass bezüglich des Bauzustandes nur das Beste gesagt werden kann. Die Fabrik ist wirklich prächtig eingerich- tet und es wäre zu wünschen, dass sie die Herrn Gemeinderäte selbst in Abgeschein nehmen, damit sie sich an Ort und Stelle überzeugen, wie präch- tig die Einrichtung ist.“ Auf Grund dieser vom Herrn Bürgermeister persönl- lich vorgenommenen Besichtigung ist er zu dem Entschluss gekommen, dass der Vertrag ein ungemein günstiger ist, und hat Sie verführt, dass Sie für diesen Vertrag einstimmig votiert haben, und wir haben auch dafür ge- stimmt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sie hat Weisskirchner im Stadtrat schon eingefädelt.) Wir leugnen gar nicht, dass die Christlichsozialen diese Aktion eingeleitet haben. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür. Das ist wiederum ein Argument gegenüber dem Finanzreferenten Herrn StR. Breitner, der uns belehren wollte, was wir hätten machen sollen, zuerst die Land- wirtschaft und dann die Milchwirtschaft. Dabei hat StR. Breitner ganz über- sehen, dass die Verhältnisse unter welchem wir die Milchwirtschaft begonne haben, wesentlich andere waren als heute. Damals hat die Möglichkeit, Land- wirtschaften zu übernehmen, für die Gemeinde Wien nicht bestanden, und es hat sich darum gehandelt die Milchproduktion möglichst rasch mit allen Mitteln, die aufgebracht werden konnten, zu heben.

Dass diese Milchwirtschaft nicht fortgeführt werden konnte, darüber waren sich die Christlichsozialen klar, als sich eine andere Möglichkeit gab, diese zu ergreifen. Sie kommen nun nach so kurzer Zeit und werfen einen Vertrag um. Sie werden nicht behaupten wollen, dass es in Ihren Intentionen liegt, Private wirtschaften zu lassen. Sie leben ja im Zeitalter des Sozialismus und nun wollen Sie sagen, wir sind mit einem Drittel zufrieden. Wenn Stadtrat Breitner sagt, dass es keine Gefahren für die Sozialisierung mehr gib, so möchte ich ihn doch um Aufklärung bitten. Aber Ihnen grant eben vor dem voraussichtlichen Ergebnis Ihrer Wirtschaft, Sie haben eben auch Leute, die nicht eingeschworen sind, auf ihre Gedankengänge. Ich brauche hier nur den Namen Duda nennen, der Ihnen das Gropen gelehrt hat. Wenn Sie nun mit einer gewissen Verdächtigung gegen die Christlichsozialen mit dem Hinweis auf den

Präsidenten Redlich offerieren, da könnten Sie sich ja deutlicher ausdrücken, was Sie meinen. Sie wissen nichts zu sagen und legen Wert darauf, dass sich die Bevölkerung etwas g. hinzudenke. Die Gemeinde ist mit Redlich in Vertin- dung gekommen, weil auf den Gütern Verträge mit der Zuckerfabrik Auspitz gelastet haben, und die Zuckerfabrik gefragt werden musste, weil Rechtsan- sprüche da waren. Ueber die Beteiligung des Redlich sagt der Referent, in dieser Hinsicht der Präsident Redlich als verdienstvoller Vermittler in der Angelegenheit aufgetreten sei. Es hat mit Redlich nichts bestanden, was für verdächtig befunden werden könnte, was ja auch die Worte des Bürgermei- sters sagen. Wir haben nicht unsere Taktik geändert, sondern wir bleiben bei dem Vertrag, den der Gemeinderat über Antrag des Bürgermeisters am 30. Mai einstimmig zum Beschluss erhoben hat. Wenn Sie dringende Gründe haben, so lässt sich ja reden. ~~Aber Sie werfen uns eine Änderung der Taktik vor.~~ Aber Sie werfen uns eine Änderung der Taktik vor.

Wir befinden uns auch in einem gewissen Misstrauen den zu erwartenden Erfolgen gegenüber. Wenn ich dies sage, so stütze ich mich auf eine Reihe von Erfahrungen. Ich bin ganz damit einverstanden, dass die Gemeinde land- wirtschaftliche Betriebe übernimmt und bewirtschaftet, um den Grossagrarier in die Karten zu schauen. Aber was hier unternommen wird ist ein gewagtes Spiel und es kann ein Misserfolg erzielt werden.

GR. Skarat (Soz.-Dem.): Wir haben ja keine Juristen bestellt!

GR. Kunschak: Wir haben ja Möglichkeit, uns über einige Ergebnisse zu unterrichten, wobei wir froh sein müssen, wenn die Agrarier ihre Preise nicht revidieren. Auf dem Gute in Tausendblum und in Herrenhub bei Neu- lengbach wurden im Jahre 1914 14 Waggons Kartoffeln und 11 Waggons Getreide der Allgemeinheit zugeführt. Heuer wurde kein Kilogramm der Öffentlichkeit überlassen, die Wirtschaft ist passiv geworden und es wurden nur 5 Waggons

Kartoffeln abgeliefert. Fünf Joch Rüben mussten eingeeckert werden. Die Ver- waltung schiebt alle Schuld auf den Mangel an Arbeitskräften. Es soll nicht möglich gewesen sei, von Wien mit seinen 120.000 Arbeitslosen Ar- beiter nach Neulengbach zu bringen. Es ist auch ganz interessant zu hören, dass weibliche Hilfsarbeiter für Krautjäten 6 Kronen täglich, einen Liter Milch und 60 dkg Mehl täglich bekommen haben. Interessant wäre zu wissen, woher das Mehl genommen wurde. Für das Mähen von einem Joch Wiese mussten 80 K Taglohn bezahlt werden, und ebenso ein Liter und 60 dkg Mehl. Jeder Landwirt wird Ihnen aber sagen, dass ein Joch Wiese 80 K Mählohn nicht ver- trägt. Wenn vielleicht auch Ihre landwirtschaftliche Produktion zu einem solchen Resultat führt, dann Gnade uns vor denen, gegen die Sie ausziehen, um sie auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu schlagen. Es hat auch ein Arbeiter für das Ausräumen eines Baches bei dreitägiger Arbeit 780 K bekommen. Wenn der Herr Bürgermeister materialistisch veranlagt ist, so wäre es besser, er würde statt Bürgermeister zu sein, Bachausräumen gehen.

Ich betone nochmals, dass wir unsere Stellungnahme nicht geändert ha- ben, mögen Sie beschliessen, was Sie wollen, wir können warten, bis uns der erste Bericht aus diesen Geschäfte vorliegt. Gutes erhoffen Sie sich selber nicht, denn sonst würden Sie den erhofften Rahm für sich selbst bereit halten, um ihn servieren zu können. Aber Sie haben die Meinung dass das, was da heraus kommt, nur Seifenschaum ist, und dass sich die Bevölkerung wird einseifen lassen. (Lebhafter Beifall bei den Christ- lich-Sozialen).

GR. Schwarz-Hiller (vereinigte demokr. Partei): Ich habe mich pro gemeldet, nicht weil mir das Referat so gut gefällt, sondern weil bereits der Referent feststellte, dass das abgeschlossene Verträge sind, die sich nicht abändern lassen, und weil ich dafür eintrete, dass ~~xxx~~ bei wirtschaftlichen Beratungen, wo es sich um das Wohl und Wehe der Gemeinde handelt die Redner sich entpolitisieren sollen. Parteipolitik soll es in dieser schweren Zeit nicht geben. Ich werde mich in meinen Ausführungen jeder Politik enthalten und meinen Bedenken in ~~xxxx~~ rein sachlicher Weise entwickeln. In erster Linie will ich feststellen, dass sich im Gemeinderate seit 30 Jahren nichts geändert hat. So war es, wie mir Ältere Leute erzählen, unter Brix, so habe ich es unter den früheren Regim erlebt und so ist es auch jetzt, dass die Plenarsitzungen zu einer reinen Formsache geworden sind. Dessen ist sich wohl jedes Gemeinderatsmitglied bewuszt. Ich halte es für ganz falsch und unrichtig, dass wenn hier wirklich etwas geleistet werden soll, ein Paar Frauen und Herren, die ganze Verwaltung sind. Erst wenn das Stadtratprinzip aufhört, wird es anders werden.

Gegen das Referat bin ich nicht, ich werde für dasselbe stimmen, denn ich stehe auch auf dem Standpunkte, dass ein Gemeinderatsbeschluss abgeändert werden kann, wenn die, wie die Verwaltung der Gemeinde wirklich führen, dafür verantwortlich sind, zur Erkenntnis gelangen, dass nicht der Durchführung eines vom Gemeinderate genehmigten Beschlusses, der Verwaltung Schaden entstehen könnte. Ja, ich halte es sogar für Ihre Pflicht, derartige Beschlüsse zu statieren. Es bleibt aber die Frage offen, ob es zu Abänderungen kommen muss, wenn die Sache früher überlegt würde, und Sie nicht einzelne Menschen machen, sondern, wenn der ganze Gemeinderat ohne Unterschied der Partei zur Mitarbeit herangezogen wird. Ich muss konstatieren, dass ich am 30. Mai 1919 wie das Protokoll ausweist, der einzige war, ausser Kokrda und Feldmann, die Bedenken hegten, der Beanstandungen machte. (Verliest die betreffenden Stellen des Protokolles aus dem Amtsblatte). Der Gemeinderat soll wegen meiner einmal im Jahre einberufen werden, man hat ihn ja auch nicht einberufen, als die am 19. August dessen Einberufung verlangte, um über die Kohle zu sprechen, sondern erst ein Monat später und hat dann überhaupt nicht über die Kohlen gesprochen. Wenn man ihn aber einberuft, soll man ernst und seriös an der Angelegenheit mitarbeiten. Was überhaupt ist das Recht der Wiener Bevölkerung, eines Wiener Gemeinderates und ist nicht unbillig. Ein weiterer Punkt, den ich damals betont habe, es war wie die neue Majorität einzog, die Abdscht, eine Reihe von Betrieben zu municipalisieren. Ich verweise auf meine 10 jährige Tätigkeit im Gemeinderate, wo ich immer für städtische Sozialisierung war, aber immer meine Gegenbedenken offen vertreten habe.

Ich halte auch jetzt den Boden dieser schwierigen Uebergangszeit nicht als das richtige Tempo für Municipalisierungen, da auch die Gemeinde nicht über die nötigen technischen Verwaltungseinrichtungen verfügt. Wir müssen uns auf Sachverständige verlassen, wie im vorliegenden Falle. Es wird der früheren Gemeindevertretung vorgeworfen, dass sie Juristen in die Verwaltung einsetzte. Wären aber immer Fachleute eingesetzt worden, glauben Sie, dass Sie immer in allen Fällen sicher gegangen wären. Was die Sache selbst betrifft, ist kein Grund vorhanden, warum diese Verträge nicht hätten abgeschlossen werden sollen. Man hätte am 30. Mai die Sache überlegen sollen, ob man das Geschäft machen soll oder nicht, aber heute darüber zu debattieren, ist unnötig. Staatliche, städtische und bürokratische Betriebe werden immer schlechter gehen, und immer weniger tragen, als

Privatbetriebe. Ich glaube auch nicht, dass wir insbesondere auf landwirtschaftlichen Gebiete nicht einmal in der Lage sein werden, selbst hinter die Preiskalkulation zu kommen. Wir werden so teuer produzieren, dass eine weitere Preiserhöhung der Landwirte für gerechtfertigt erscheinen wird. Dass die Zuckerfabrik und nicht aus der Not gerettet hätte, ist selbstverständlich, dass haben wir nicht beabsichtigt, sondern wir wollten bloss Einfluss gewinnen. An den Bürgermeister, die Vize-Bürgermeister und die sonstigen Faktoren appelliere ich heute, denn ich halte es unmöglich, dass einige wenige Leute, eine Riesenverwaltung führen. Das ~~xxx~~ hat sich nie bewährt, ich bin der Ansicht, dass dieses System, wie es jetzt eingerichtet ist und aus der Vergangenheit stammt, nicht das richtige ist, nur bei gemeinsamer Mitarbeit des ganzen Gemeinderates wird sich das richtige System ergeben, deshalb wünsche ich eine Aenderung des Statutes und einzig allein damit hängt die schlechte oder gute Verwaltung zusammen.

GR. Erntner: (deutschnational)regt, dass derartige Referate immer erst kurz vor dem Beginn der Sitzung vorgelegt werden, so sei es auch am 30. Mai gewesen. Es wurde damals der ganze Pachtvertrag in einer Weise geschändert, dass die Bedenken der anwesenden Gemeinderäte schwanden. Jetzt erst stelle sich heraus, dass die Verträge abgeändert werden müssen. Jetzt hören wir von Gutachten des Dr. Hanscha u.a.w. Doch sei ein Sachverständiger in diesem Falle zu wenig, es müssen in Zukunft verschiedene Fachleute befragt werden. Kaufmännische Vorsicht sei bei Vertragsabschlüssen am Platze.

GR. Dr. Pollak (Zionist): Ich war der einzige Redner am 30. Mai, der sachliche Bedenken gehegt hat. Ich habe damals bereits erklärt, dass es schwer für die Gemeinde sein wird, den Boden mit 25% Rübe zu bebauen. Weiters aber auch erwähnt, dass es ein Unding sei, dass sich die Gemeinde Wien in ähnlicher Weise für alle in Zukunft zu pachtenden Gründen verpflichte. Ich habe auch gebeten, mit Hinsicht auf die Akten zu geben, an den Bürgermeister hat aber geantwortet, weiter denn hinköme, wenn er das jedem Herrn gewähren würde. (Rufe: Hört!) Redner bittet den Bürgermeister, den Herren, die sich für Sachen interessieren, den Einblick in die Akten zu gewähren. Er bezeichnet weiter den Vertrag für eine Blamage der Gemeinde Wien, Schuld sei nicht Bürgermeister Reumann, sondern der Beschluss sei am 1. Mai, also Bürgermeister Weiskirchner da war, im Stadtrate gefasst worden. Dies hat auch GR. Vaugoin seinerzeit rühmlich hervorgehoben. Redner weist darauf hin, dass sich die Zuckerfabrik Bruck im Mai habe von 2 Erwägungen leiten lassen, vor der Angst der Sozialisierung und vor der Angst, dass ihr die ungarischen Gründe wegfallen könnten. Es nimmt ihn Wunder, ~~xxxxx~~ aus dem Munde eines Bankdirektors, zu hören, dass 60% des Ertrages als Aufgeld gezahlt werden müssen. Die Zuckerfabrik ist weit

mehr als 60% Agio wert. Redner bespricht die zukünftige Gestaltung der Zuckerproduktion und kommt zu dem Schlusse, dass Redlich später doch lachen wird, weil die Gemeinde die Zuckerrüben nach Bruck liefern müssen, weil Bruck am nächsten liegt. Redner meint auch, dass man hätte auch mit der Zuckerfabrik Bruck zu einem ganz anderen Resultate hätte kommen können. Die Zuckerfabrik Bruck hätte sich wahrscheinlich auch mit 60 oder 80 % begnügt. Hier fällt der Fehler dem Referenten zu. Es gehe eben nicht an, über solche Dinge, den Magistrats-Direktor allein das Urteil fällen zu lassen, sondern beim Abschlusse solcher Geschäfte müssten auch Kaufleute und Industrielle gehört werden. Der Gemeinderat darf nicht zur blossen Abstimmungsmaschine gemacht werden. Redner weist auf seine Ausführungen im Mai hin, wo er den Vertrag als günstig erklärt hatte, wenn er auch einige Härten, die abzuschleifen gewesen wären, gehabt hat. Er erklärt es für ungünstig, wenn die Gemeinde den Vertrag jetzt löst.

In seinen Schlussworte betont Bgm. Reumann zunächst, dass es die Sozialdemokraten, als sie zur Majorität gekommen sind, als Grundsatz aufgefasst haben, dass der Gemeinderat nicht als Abstimmungsmaschine sein dürfe, sondern sich an den vielfältigen Aufgaben der Gemeindeverwaltung beteiligen muss. Es seien alle Vorbereitungen getroffen, das Gemeindestatut wird geändert werden, um den berechtigten Wünschen nach Mitarbeit Rechnung zu tragen.

Wenn Dr. Pollak erklärt habe, dass ihm nicht Einblick in die Akten gewährt worden sei, so meint der Bürgermeister, dass dies auch in entsprechender Weise verlangt werden solle.

Eunschak habe, wie gewöhnlich mit Zitaten geredet und habe eine Menge Aussprüche vom Bürgermeister zitiert, wenn ^{es} sich ergibt, dass jene Voraussetzungen, die zuerst an dem Antrage gut waren, zweifelhaft erscheinend, dann ist es eben Pflicht jeden Vertreters genau zu prüfen, ob da ^{es} nicht ein Versehen vorliege, was zu den weitgehendsten Folgerungen führen könnte. Wenn diese Prüfung vorgenommen wurde, dann wisse er nicht, warum man dann einen Vorwurf erhebe. Es wäre doch nur zu wünschen, dass immer so vorgegangen wird. Der Bürgermeister halte Redlich für einen ehrlichen Makler.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.); StH. Breitner hat davon anders gesprochen. Bgm. Reumann betont, dass es ihm auch gelungen sei, das Agio von 100 auf 75% zu ermässigen. In 3 Tagen habe er das Agio um 15% herabgedrückt. Auch die Erhöhung des Pachtschillings um 100 K gegenüber der Gödinger Zuckerfabrik habe er beanständet. Bontglisch der Herabminderung der 25% des Rübenanbaues gämg die Antwort dahin, dass eine Aenderung des gegenwärtigen Verhältnisses nicht mehr stattfinden könne.

Bgm. Breitner

Es war bei diesen Verträgen aber auch nicht entsprechend berücksichtigt worden, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe Deutschösterreichs heruntergekommen sind, da während der letzten 5 Jahre der Boden ausgesaugt und der Viehstand weit mehr als dezimiert wurde. Wir haben uns gesagt, dass es nicht allein Sache der Gemeinde sei, die Schäden zu beheben. Wir gelangten zur Ueberzeugung, dass sich der Staat an diesem Werke beteiligen müsse und es ist uns wirklich gelungen, eine finanzielle staatliche Beihilfe zu erlangen.

Dadurch erklärt sich die Beteiligung des Staates, der sich bereit gefunden hat, über seine Beteiligung hinaus den Verlust der Viehzucht bis zu 10 Millionen zu tragen. Allerdings unter der Bedingung, dass die Aktion ganz Niederösterreich zu Gute kommt. Wir haben aber auch die ebenmalige kaiserliche Generaldirektion an den Dreherischen Gütern beteiligt. Dadurch ist eine einheitliche Verwaltung der Güterkomplexe ermöglicht, was einen ausserordentlichen Vorteil bedeutet. Wir haben aber ausserdem eine sehr weitgehende Ermässigung des Pachtschillings erreicht.

Aussärdem haben wir jene Stelle des Vertrages nach der jede Erhöhung der Steuer die Gemeinde allein zu tragen hätte, dahin mit Erfolg abgeändert, dass nunmehr Dreher, Steuererhöhungen über das Steuerausmass von 1914 zur Hälfte und die Generaldirektion zur Hälfte trägt. Es ist auch unrichtig, dass die Pachtung der Güter in einen unlöslichen Zusammenhang mit der Zuckerfabrik stehen. Würde doch die Pachtung der Güter im Stadtrat am 15. April und die Beteiligung an der Zuckerfabrik erst am 8. Mai beschlossen. Am 15. April konnte man noch

nicht wagen, dass man sich an der Zuckerfabrik beteiligen wird. Was nun die Angelegenheit der Kompliziertheit des Verwaltungsgapparates betrifft, so gebe ich zu, dass es Verluste gegen wird, wenn sich diese drei Kongressen hermannen, aber es ist nicht einnehmend, dass dies geschieht, weil jeder mit einem Drittel am Verlust beteiligt ist. Man könnte nie ein Kompromis-

6
Verhältnisse eingehen, wenn man immer von einer solchen Voraussetzung ausgeht und ich verstehe nicht, warum die Christlichsozialen ein so grosses Vertrauen zur Brucker Zuckerfabrik gehabt haben, an der die Gemeinde doch nur mit 40 % beteiligt war. Innerhalb des ganzen Kompagnieverhältnisses hat aber die Gemeinde Wien unter allen Umständen ein Übergewicht, weil es die Person des Präsidenten und eines Vicepräsidenten beistellt! Als es nicht gelungen ist, mit der Brucker Zuckerfabrik den Vertrag entsprechend abzuändern, damit die Pachtungen nicht zu schwer belastet seien, haben wir das Anerbieten auf Auflösung des Vertrages angenommen.

Bezüglich der Dreherischen und der General-Direktions-Güter ist ein solches Anerbieten nicht gestellt worden. Es wäre aber auch schwer möglich gewesen, ein solches herbeizuführen. Die christl.-soz. Mehrheit hat im April dieses Jahres der Uebernahme des Betriebes ab 1. Mai auf Rechnung der Gemeinde Wien zugestimmt. Wir hatten zur Zeit, als an die neuen Verhandlungen geschritten wurde, bereits einen Betrag von 22 2 Millionen Kronen aus Gemeindemitteln investiert

den Anbau besorgt, die Ernte hereingebracht und tragen daher hierfür die volle Verantwortung. Bürgermeister Weisskirchner hat nun mit der Leitung der Pachtungen zwei Juristen betraut, so wie beim Kraut. Es wäre ein Rattenschwanz von Prozessen entstanden und es wäre uns wirklich schwer gefallen, den Nachweis zu erbringen, dass wir den Anbau und die Ernte wirklich fachgemäss durchgeführt haben. Es war aber auch vom einem anderen Gesichtspunkte wünschenswert, dass wir in irgend einer Form allerdings mit sehr geteiltem Risiko diese Pachtung aufrecht erhalten. Dass wir nur ein Drittel haben, ist vom wirtschaftlichen Standpunkte nicht zu bedauern, denn unsere Politik muss darauf hinzielen, möglichst billig abzugeben, um preisregulierend zu wirken. Auf Gewinn ist unsere Absicht hierbei gar nicht gerichtet und wenn wir also zwei Kompagnons haben, kann es gerade bei diesem Betriebe uns nicht schädigen. Dieser andere Grund ist die erspriessliche Beendigung der Einstellwirtschaft von Kühen. Auch in dieser Beziehung hat die frühere Verwaltung höchst sonderbar gehandelt. ^{normalen} Nach dem Menschenverstande ist es etwas ^{naturngemässes}, wenn man 800 bis 1000 Kühe anschafft, sich auch den dazugehörigen Grund und Boden zu schaffen

Die Gemeinde Wien ist ^{gefallen} andere Wege gegangen; sie hat die Kühe auf allen möglichen Gütern eingestellt. Die Nutzung der Dungung ist Privaten zugute gekommen und wir haben beim ehemaligen Herrn Baron Thasonat die aller unangenehmsten Erfahrungen gemacht. Wir haben ein Melkergebnis von ungefähr 4 Liter pro Tage gehabt, (Hört!) und es würde uns erwidert, 2 Liter werden beim Melken weggetrunken. Das kommt davon, wenn man sädtsche Kühe in fremde Betriebe einstellt. Die Gemeinde ^{kaufen oder jäh} nicht hergehen und die Kühe verkaufen. Wir hätten die ruinnöse Art der Einstellwirtschaft, an der die Gemeinde Millionen verloren hat, fortführen müssen und daher war es notwendig, in diese Pachtungen einzutreten. Es ist ^{überraschend} uns nicht so sehr überraschend, dass die Herren von der Minderheit heute eine etwa geänderte Haltung einnehmen, nicht so sehr, weil sie zu uns kein ^{Vertrauen} hegen, sondern weil heute geänderte Verhältnisse vorliegen. Heute handelt es sich nicht mehr, um eine Rettungsaktion für die Habsburger, heute ist es festgestellt, dass die Güter einen Bestandteil des österr. Staatsgutes bilden, ^{offenbar dem Gemeinwohl} heute ist die Gefahr der Sozialisierung nicht mehr so gross. Wir als Gemeinde Wien, eine Vereinigung von Grosskonsumenten, haben aber nach wie vor das lebhafteste Interesse hinter die Kulissen der Grossagrarien zu blicken und zu wissen ob die Preise ihre Begründung finden. Nachdrücklich sei noch betont, dass durch die Aenderung der Pachtverträge nicht das allergeringste sich daran ändert, dass der gesamte Ertrag nach Wien geliefert werden muss. Es ist vielmehr gerade durch die Beteiligung des Staates gesichert, dass vor den Toren Wiens eine grossartige Milchwirtschaft ermöglicht wird, wozu wir aus eigener Kraft nicht die Möglichkeit gehabt hätten--

hinter die Kulissen der Grossagrarien zu blicken und zu wissen, ob die Preise, die jeweilig angerechnet werden, ihre Begründung finden.

Wir hätten als Mehrheit einen höchst einfachen Standpunkt gehabt. Wir haben die einhellige Bewilligung gehabt, die ^{Verträge} ~~Verträge~~ ^{abzuschliessen} abzuschliessen. Wir sind einen viel schwierigeren Weg gegangen und haben uns mit jedem einzelnen der ^{Wochenlang} ~~Wochenlang~~ herumgestritten. Wir haben das Risiko der Gemeinde sehr bedeutend herabgesetzt, die Viehaufzucht, welche Sache des Staates ist, in ^{solche} ~~die~~ Bahnen gelenkt, dass ein Verlust bis zu 10 Millionen Kronen vom Staate getragen wird, ~~und den Vertrag mit der Brucker Zuckerfabrik gelöst~~. Wir haben eine einheitliche Leitung der beiden Komplexe gesichert, und ^{Wir können} ~~Wir können~~ mit gutem Gewissen sagen, dass diese Verträge, wie sie in der geänderten Form nach den Gutachten ~~nicht von Prokuristen des Dreher und der Generaldirektion, sondern von vollkommen unabhängigen~~ ^{failliten} ~~Meckes~~ vorliegen, für die Gemeinde Wien allem menschlichem Ermessen nach kein Risiko in sich schliessen, ~~das die Produkte unbedingt nach Wien kommen müssen und wir doch einen Einblick haben in einem grossagrarischem Betrieb, dass wir die Möglichkeit haben, unsere Einstellwirtschaft zu liquidieren, und aus der~~ ^{die schlechtesten} ~~der schlechtesten~~ Verwaltungen der Welt hindüber zu kommen in eine besser verwaltete Stadt. (Lebhafter Beifall links)

Schluss der Rede von ^{Prokuristen} ~~Prokuristen~~

Wir haben das Interesse der Gemeinde Wien voll und ganz gewahrt. Mir liegt es gänzlich ferne auf dieser Sache irgend jemand Vorwürfe zu machen. Aber uns kann kein Vorwurf gemacht werden, weil wir so vorsichtig gewesen sind und eine nochmalige Ueberprüfung der ganzen Angelegenheit durchgeführt haben und zu einem anderen Ergebnisse gelangt sind. Es ist ^{hier} ein ganz bedeutender Erfolg erzielt worden und nunmehr sagen die Herren, sie stehen auf dem Boden des alten, also des schlechten Vertrages, das kann ich wirklich nicht begreifen. Wir können Ihnen da nicht folgen, wir akzeptieren den besseren Vertrag und da erbitte ich Sie die vorgelegten Anträge anzunehmen. (Lauter Beifall links)

Bei der Abstimmung werden die Stadtratsanträge angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Biber (chr. soz.) wird für die Instandsetzung der Lagerhauslokomotive I ein Betrag von rund 95.000 Kronen bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Breitners (Soz. Dem.) werden die Kosten für die Neuanschaffung von Kraftstellwagen genehmigt.

GR. Breitner (Soz. Dem.) beantragt die Auflösung der Verträge der Gemeinde Wien mit Mör Fekete über Marmelade der Erzeugung.

VB. Winter übernimmt den Vorsitz.

GR. Haider (chr. soz.) erklärt, dass er sich verpflichtet fühle öffentlich darzutun, dass tatsächlich bei diesem Vertrage für die Gemeindeverwaltung kein Nachteil erwachsen ist. Er tue es nur deshalb um der jetzigen Majorität die Gelegenheit zu hehehmen die Sache parteipolitische auszunutzen.

Frau GR. Kurzbauer (chr. soz.) erklärt, dass sie als Hausfrau wohl wisse, dass die mit Salzen versetzte Marmelade nicht besserungsfähig sei, es wäre daher schade um den Zucker und die Kohle. Man solle nicht gutes zu schlechtem legen. Nach einem kurzen Schlusswort wird der Referentenantrag genehmigt.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) referiert über die Bezugserhöhung der Hilfsärzte im Jubiläumspital.

GR. Dr. Odehnal (chr. soz.) spricht sich dagegen aus, dass man Sekundärärzte die im Spital wohnen ein Ad Jutum von 2000 Kronen gewähre, während die ausserhalb des Spitals wohnenden nur 1600 Kronen erhalten sollen und bezeichnet es als ungerecht ein ad Jutum wänder Wohnungszufälligkeit abhängig zu machen. Weiters hält er die für Sekundärärzte, Assistenzärzte und Aspiranten festgesetzte Wohnungsschädigung von 100 Kronen und wünscht die Erhöhung dieser Post auf 150 Kronen. Zum Schlusse stellte er diesebzügliche Abänderungsanträge.

7

StR. Dr. Grün betont in seinem Schlussworte, dass den Aerzten unter der christlich-sozialen Herrschaft nicht die gerechtesten Wünsche erfüllt worden seien. Unter lebhaften Zwischenrufen führt der Referent aus, dass die Erhöhungen durchschnittlich ~~um~~ 225% betragen, dass die Kriegszulage um rund 100 % erhöht wurde und dass diese Forderungen im Einvernehmen mit den Aerzten geregelt wurden. Jetzt kommen auf einmal Sie (zu den christlich-sozialen gewendet) und lizitieren hinauf.

GR. Untermüllen; Sie haben selber gesagt, dass nicht alles bewilligt worden ist.

StR. Dr. Grün: Sie können vielleicht bei der Hundesteuer reden, aber nicht bei den Aerzten.

Darauf erhebt sich bei den Christlich-Sozialen stürmische Protestrufe: Das ist kein Referent mehr! Das lassen wir uns nicht bieten.

GR. Dr. Kienböck geht zum Referententisch: Das müssen Sie zurücknehmen Herr Referent!

In der Mitte des Saales tobt ein grosser Lärm, die Gemeinderäte geraten hart aneinander, Bezirksvorsteher Langer (Sozialdemokrat) macht besonders erregte Zwischenrufe und drohende Gebarden gegen die Christlichsozialen und wird nur mit Mühe von seinen Parteigenossen zurückgehalten. Der Lärm dauert geraume Weile.

Vize-Bgm. Winter gibt unausgesetzt das Glockenzeichen.

~~xxx~~ StR. Dr. Grün ~~hat~~ erklärt die während seines Referates getanen erregten Worte nicht getan haben zu wollen.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) Das genügt nicht.

Vize-Bgm. Winter: Ich habe leider bvernehmen müssen, dass ~~es~~ von beiden Seiten die parlamentarischen Sitten nicht beachtet worden sind und ich bitte die Herren in Zukunft, derartige Fälle möglichst zu vermeiden. Einschreiten kann ich dagegen nicht, da meinem Wunsche auf Vorlage des stenografischen Protokolles nicht Rechnung getragen werden kann. Die Stenografen erklären ^{Sie} übrigens, dass infolge des grossen Lärmes die Zwischenrufe nicht aufnehmen konnten.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge mit den Stimmen der Mehrheit angenommen, die Abänderungsanträge des GR. Dr. Chedenl abgelehnt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.